

„Man muss die Ärmel aufkrepeln“

INTERVIEW. US-Forscher David Pistrui spricht über unflexible Uni-Absolventen und über die Vorteile der Migration.

VON BEATE LAMMER

WIEN. Im Juli war die Arbeitslosigkeit in Österreich um 30 Prozent höher als vor einem Jahr. In der Eurozone und in den USA ist sie mehr als doppelt so hoch wie in Österreich. „Die Presse“ sprach mit dem US-Unternehmensexperten David Pistrui, der dieser Tage in Wien war, über die neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Presse: In Österreich nimmt der Staat viel Geld für Kurzarbeit, Altersteilzeit, Kombilohn und andere Maßnahmen in die Hand, um Jobs zu sichern. Ist das eine gute Idee?

Pistrui: In Europa, vor allem in Österreich und Deutschland, gibt der Staat Unterstützungen, um Arbeitskosten zu senken. Ich halte das für okay, wenn es vorübergehend ist. Aber irgendwann können auch Regierungen kein Geld mehr drucken.

Müssen sich also die Arbeitnehmer auf schwierige Zeiten einstellen?

Pistrui: Sie müssen umdenken. Die neuen Technologien stellen uns vor neue Herausforderungen. Die Industrie war früher sehr arbeitskräftintensiv, doch das hat sich geändert. Jetzt gibt es Auszeiten, Arbeitszeitverkürzung, Lohnkürzungen. Damit müssen die Gewerkschaften leben. Schauen Sie Leute ihren Job verloren haben.

Was sollten Unternehmen und Gewerkschaften besser machen?

Pistrui: Die sollten sich anschauen, wie es die chinesische Autoindustrie macht. Die werden dominieren. In zehn Jahren wird uns der Anteil, den sie haben, erschrecken. Ich weiß, wovon ich rede, ich war dort und habe gesehen, was die tun, ihr Design, ihre Produktion, ihr Marketing.

Aber wie soll man arbeitsrechtliche Mindeststandards wahren?

Pistrui: Es stimmt, die Chinesen haben keine Gewerkschaften. Aber sie bauen Autos, und das Einzige, was wir derzeit tun, ist, dass wir unsere Märkte abschotten. Das haben wir in den USA auch bei den japanischen Autos versucht, und dann kamen die Japaner und haben ihre Fabriken in den USA gebaut. Die Chinesen gehen eben nach Rumänien und in die Türkei, kommen durch die Hintertür.

Sollen die Gewerkschaften sich damit einfach abfinden?

Pistrui: Da ich lange in Detroit gelebt habe, habe ich großen Respekt vor den Gewerkschaften. In anderen aufstrebenden Branchen abseits der Industrie gibt es für sie viel zu tun. In den USA versuchen sie gerade, im Gesundheitssektor Fuß zu fassen. Oder bei großen Händlern wie bei Wal-Mart.

Für Junge ist es extrem schwierig, einen Job zu finden. Was sollen Berufseinsteiger jetzt tun?

Pistrui: Es ist schwierig geworden. Aber gerade im Abschwung gibt es Chancen: im Gesundheitssektor, in den Sektoren Kommunikation, IT, Life-Sciences – und bei kleinen und mittleren Betrieben. Es hat einen Umbruch gegeben. Wenn Sie ein junger Universitätsabsolvent sind und Sie geplant hatten, im Investmüssen unternehmerisch denken. Sie können nicht erwarten, zu einem großen Unternehmen zu gehen oder einen traditionellen Verwaltungsjob beim Staat zu bekommen. Es wird Chancen beim Outsourcing geben und bei kleinen und mittleren Firmen. Auch muss man seine Strategie bei der Jobsuche ändern. Das Internet reicht nicht. Man muss auch Leute persönlich kontaktieren und Praktika, auch unbezahlte, absolvieren.

Viele sehen darin neue Formen von Ausbeutung...



Es hat einen Umbruch gegeben, meint Unternehmensexperte Pistrui: Staat und große Firmen werden immer weniger Leute einstellen. (Mirjam Reither)

Pistrui: Meine Karriere hat auch so angefangen. Nach der Universität habe ich zunächst freiwillig für eine Firma „Family Firm Institute“ gearbeitet. Die machen Forschung für Familienunternehmen. Nach zwei Jahren gehörte ich zur Führungsetage. Man muss seine Ärmel aufkrepeln und seine Hände schmutzig machen.

Es ist für die Jungen auch deswegen schwierig, weil es die Generation vor ihnen leichter hatte: Die bekamen nach der Ausbildung einen Job und übten diesen bis zur Pension aus.

Pistrui: Das gehört zum Übergang vom alten industriellen System zum neuen. Früher hatte man einen Technik- oder Wirtschaftsabschluss, und dann gab es drei mögliche Wege: Man ging in die Industrie, zum Staat oder in den Bildungssektor. Das gibt es noch immer, aber die besten Chancen liegen woanders. Nehmen wir Google: Das begann als Konzept, nicht als Großunternehmen.

Junge Leute müssen nur umdenken, um einen Job zu finden?

Pistrui: Sie müssen auch an ihrer Kommunikationsfähigkeit arbei-

ten. Das geht über E-Mail und SMS hinaus. Die Firmen, die unsere Studenten anwerben, sprechen immer wieder von Kommunikationsdefiziten. Auch muss man sich als Problemlöser gut verkaufen. Das ist das, was die Betriebe suchen: Leute, die Lösungen für Probleme identifizieren.

Und das funktioniert, wenn man sagt: „Da bin ich, ich bin jung, ich komme von der Universität, und ich bin hier, um Probleme zu lösen“?

Pistrui: Das muss man zeigen: beim Praktikum, beim Netzwerken, mit einer kreativen Idee. Kreativität wird an den Universitäten oft vernachlässigt, vor allem in Europa. Dann braucht man auch Ausdauer. Auf all das muss die Bildungsreform abzielen. In Europa beginnt das erst, die USA sind da schon weiter, aber nicht weit genug.

Worin besteht das größte Defizit des österreichischen Bildungssystems?

Pistrui: Es hat einen zu engen Fokus, ist zu traditionell, es gibt zu wenig Beziehung zur Wirtschaft.

In Österreich versucht man derzeit, den Arbeitsmarkt gegen Osteuropäer möglichst lange abzuschotten. Machen das die USA besser?

Pistrui: Sie haben es gut gemacht, aber nach 9/11 haben sie den falschen Fokus bekommen. So bekommt man die besten Leute. Warum wollten die besten Wissenschaftler in die USA kommen? Weil das ihr Wunschziel war. Nach 9/11 wurde es schwierig, Visa zu erhalten. Das ändert sich jetzt langsam wieder.

Soll man auch Wunschziel für schlecht Ausgebildete werden?

Pistrui: Wenn wir die Grenze zu Mexiko schließen würden und die illegalen Immigranten nicht hereinließen, würden bestimmte Wirtschaftszweige nicht mehr funktionieren, etwa Restaurants und die Landwirtschaft. Und warum wollen die Mexikaner in die USA kommen? Weil es ihr Wunschziel ist. Sie können Geld verdienen und es nach Hause schicken, viele sprechen Spanisch. Jetzt kann man in Chicago sogar als illegaler Immigrant eine Identifikationskarte erhalten und ein Bankkonto eröffnen. Das lässt sich nicht stoppen. Auch ein Land wie Österreich sollte versuchen, Wunschziel zu werden.

ZUR PERSON

■ David Pistrui (49) ist Professor am Illinois Institute of Technology, einer Technischen Hochschule in Chicago, und forscht primär über Familienunternehmen. Er hat viele Jahre in Europa gelebt.

AUTOINDUSTRIE

Opel: Deutschland forciert Magna

Staatshilfen fließen nur, wenn Frank Stronachs Konzern zum Zug kommt.

BERLIN (APA/AFP). Das Ringen um die Zukunft des Autokonzerns Opel wird zum offenen Duell zwischen Deutschland und den USA. Deutsche Spitzenpolitiker betonen am Wochenende, nur den österreichisch-kanadischen Zulieferer Magna als Opel-Eigner akzeptieren zu wollen, nicht aber den von der Opel-Mutter General Motors hofierten Finanzinvestor RHJ. Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier telefonierte mit GM-Chef Fritz Henderson, um die deutsche Position klarzumachen.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch sagte der „Wirtschaftswoche“, man habe der US-

Seite klargemacht, dass staatliche Hilfen für Opel nur dann fließen, wenn Magna den Zuschlag erhalte. „In den Gesprächen mit GM ist der Ton jetzt etwas rustikaler geworden“, sagte Koch. „Aber nun ist die deutsche Position dort auch verstanden worden.“ Auch Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus sagte: „Die Bürgschaften von Bund und Ländern stehen für das Magna-Konzept zur Verfügung, aber nicht für das eines Mitbewerbers, der die Zukunft von Opel wieder aufs Spiel setzt.“

Hintergrund ist die Befürchtung, GM könnte Opel an einen Investor verkaufen, der massiv Ar-

beitsplätze abbaut – und dann das Unternehmen wieder an GM zurückgibt. Deutschland hat einen Bürgschaftsrahmen von bis zu 4,5 Mrd. Euro für Opel in Aussicht gestellt.

„Magna bietet Perspektive“

„Das einzige Konzept, das den Opel-Standorten in Deutschland eine Perspektive gibt, ist das von Magna“, sagte Althaus. Der Autzulieferer will Opel gemeinsam mit der russischen Sberbank übernehmen und hat vor allem den Automarkt Russland im Auge. Inzwischen ist der belgische Investor RHJ aber wieder im Rennen.

Bank Austria: Börse Aktuell Reformen damals und heute



Mag. Monika Rosen

Als Barack Obama im Februar 2007 seine Kandidatur für das Präsidentenamt der USA ankündigte, machte er zwei Punkte zu zentralen Themen seines Wahlkampfes: die Reform des Gesundheitssystems und eine stärkere Forcierung von erneuerbaren Energien, sprich Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Damals hatte die USA ein Wirtschaftswachstum von fast 3 % aufzuweisen. Anfang 2008, als Obama die Vorwahlen in Iowa gewann, sollte gleichzeitig eines der wirtschaftlich schwierigsten Jahre beginnen, die die USA je erlebt hatten. Und ganze 18 Tage, bevor Lehman zusammenbrach, nominierten die Demokraten in Denver Obama zu ihrem Kandidaten. Jetzt, ein Drei-

vierteljahr nach seinem Wahlsieg, sieht die Welt aber nochmals anders aus. Niemand will heute die zarte Pflanze der wirtschaftlichen Erholung gefährden, für die man immerhin milliardenschwere Stimulierungsprogramme auf den Weg gebracht hat. Somit stoßen Obamas Reformpläne, an denen er zäh festhält, im Kongress auf erheblichen Widerstand, auch aus seiner eigenen Partei. Selbst Befürworter der Pläne Obamas räumen ein, dass die Begrenzung der CO₂-Emissionen Energie teurer machen wird. Und die Gesundheitsreform wird ohne zusätzliche Steuern kaum machbar sein. Damit bleibt fraglich, ob Obama Mehrheiten finden wird für Reformmaßnahmen, die das Zeug haben, seine wichtigste politische Mission zu gefährden, nämlich die Sanierung der Wirtschaft. Denn nur an der hängt auch seine Wiederwahl.